



KANTON SCHAFFHAUSEN

SCHWERPUNKTE DER REGIERUNGSTÄTIGKEIT

VOM REGIERUNGSRAT BESCHLOSSEN AM 15. JANUAR 2013



INHALTSVERZEICHNIS

	Einleitung	2
1	Volkswirtschaft	3
2	Verkehr	5
3	Finanzen und Steuern	6
4	Bildung	7
5	Gesundheit	8
6	Soziale Sicherheit	9
7	Gesellschaft, Kultur und Freizeit	10
8	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	11
9	Umweltschutz und Raumordnung	12
10	Verwaltung, Strukturen und Aussenbeziehungen	14
11	Beim Kantonsrat liegende Vorlagen	15

EINLEITUNG

Der Regierungsrat präsentiert seine Ziele für das Jahr 2013. Sie sind abgestimmt auf das neue Legislaturprogramm 2013–2016. In der neuen Legislaturperiode sind für den Regierungsrat fünf eigentliche Schwerpunktthemen zentral: Haushaltsanierung, Demografie, Infrastrukturprojekte, Struktur des Kantons, Energieversorgung und Ressourcen.

Bei den Jahreszielen 2013 sind die aktuell ausserordentlich schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen mitzubedenken. Trotz dieser aussergewöhnlichen Situation ist der Regierungsrat gewillt, die geplanten grossen Infrastrukturprojekte voranzutreiben. Im Verkehrsbereich steht der Ausbau des Agglomerationsverkehrs mit der S-Bahn Schaffhausen im Vordergrund. Daneben wird die Verbesserung der Schienenverkehrssituation am Hochrhein angestrebt. Es wird ein Bauprojekt für die Elektrifizierung der Strecke Erzingen–Basel ausgearbeitet. Der Regierungsrat wird das Bundesamt für Strassen bei der Realisierung des Galgenbuckeltunnels bestmöglich unterstützen. Am Kantonsspital wird der Architekturwettbewerb für die weitere Planung und Umsetzung einer 1. Etappe der Erneuerungsbauten im Bereich Akutspital durchgeführt. Schliesslich wird die Planung der Realisierung eines Polizei- und Sicherheitszentrums weiterentwickelt. Damit verbunden sind ein Vorprojekt für die Auslagerung des Strassenverkehrs- und Schiffsamtes sowie ein Masterplan für die Entwicklung des Klosterbezirks West zu erarbeiten.

Hauptziel beim Schwerpunktthema Demografie ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu wird der Regierungsrat eine Vorlage zur Einführung bedarfsgerechter, schulergänzender Tagesstrukturen verabschieden. Auch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die weitere Attraktivierung des Kantons Schaffhausen als Wohn- und Wirtschaftsstandort bleibt weiterhin ein Schwerpunkt. Obwohl Schaffhausen nach wie vor ein interessanter Wirtschaftsstandort für Unternehmen ist, müssen die Standortfaktoren laufend weiterentwickelt werden. Die

Mobilität internationaler Firmen nimmt weiter zu und die entsprechenden Firmen überprüfen ihre Chancen in anderen Ländern kontinuierlich. Hinzu kommt weiterhin das Problem des hohen Schweizer Frankens. 2013 liegt der Fokus der Ansiedlungstätigkeiten erneut auf international erfolgreichen Unternehmen im High-tech- und Dienstleistungsbereich. Wichtige Märkte sind hier die USA, Europa und insbesondere Asien. Zuzügerinnen und Zuzüger sollen für eine Verjüngung der Bevölkerung sorgen. Deshalb wird die Imagekampagne «Schaffhausen. Ein kleines Paradies.» auch im Jahr 2013 fortgesetzt. Mit dem Regional- und Standortentwicklungsprogramm (RSE) verfügt der Kanton Schaffhausen über ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. Zudem werden Grundlagen erarbeitet zur verstärkten Nutzung bedarfsgerechter Wohnungen durch die ältere Bevölkerung.

2013 folgen erste Schritte zur Umsetzung der Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie. Es wird eine Gesetzesvorlage erstellt zur Erhebung einer Förderabgabe auf Strom, Schaffung eines Energieförderfonds, Ersatzpflicht für Elektrodirektheizungen sowie Erneuerung der Eigentümerstrategie der EKS AG. Weiter ist eine Verbesserung der Wasserkraftnutzung aus Fließgewässern geplant; insbesondere ein moderater Höherstau des Rheins innerhalb des Konzessionsgebietes.

Auch die Struktur des Kantons wird 2013 zu einem Thema. Es wird – zum GPK-Postulat «Stadt und Land – Hand in Hand» – eine Vorlage an den Kantonsrat als Grundlage für einen Grundsatzentscheid im Rahmen einer Volksabstimmung erarbeitet.

Der Regierungsrat hat sich für das Jahr 2013 wiederum für jeden der 10 Politikbereiche eine ganze Reihe von Zielen vorgegeben. Diese Ziele sind rechtlich nicht bindend, sondern stellen eine politische Absichtserklärung der zu realisierenden Schwerpunkte im Jahr 2013 dar.

1 VOLKSWIRTSCHAFT

Marktbearbeitung, Akquisition und Ansiedlung

- USA: Fortsetzung der Marktbearbeitung durch Direktkontakte zu Multiplikatoren und Firmenbesuche;
- Europa: Marktbearbeitung durch Nutzung von Partnerschaften (OSEC, GZA, eigene Netzwerke);
- Neue Weltmärkte – insbesondere Asien: Marktbearbeitung unter Nutzung bisheriger und neuer Netzwerke; Aufbau eines Schulungs- und Serviceangebots mit dem Ziel, potentielle Ansiedlungs-Interessenten auf eine neue Art und frühzeitig kennen zu lernen sowie sie auf den Markteintritt Europa vorzubereiten; gleichzeitig Aufbau eines Beratungs- und Schulungsangebotes sowie Vernetzung der regionalen KMU zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit; Evaluation neuer Zielgruppen und Methoden.

Unterstützen ansässiger Unternehmen

Weiterführung des «Key Account Management»-Programms (KAM) sowie von Informationsanlässen für ansässige Unternehmen (z.B. Annual Manager Event); gezielter Einsatz von einzelbetrieblichen Fördermitteln zur Sicherung und zum Aufbau von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung von Unternehmen mit innovativen Ausbauprojekten.

Fortsetzung der Imagekampagne «Schaffhausen. Ein kleines Paradies.»

Fortsetzung der Imagekampagne «Schaffhausen. Ein kleines Paradies.»; Bearbeitung auf drei Ebenen: Exklusive, medienwirksame Aktionen, Schaffhauser Grossveranstaltungen als Werbepattformen, zielgruppenspezifische Auftritte an Messen, Veranstaltungen oder Direktmarketing.

Technologie und Clustermanagement

- Gezielte Weiterentwicklung einzelner Cluster und Clusterdienstleistungen mit Fokus auf Materialtechnologie, Energie und Verpackung sowie Identifikation weiterer Cluster; Fortführung der Strategie, internationale Unternehmen mit Headquarterfunktionen anzusiedeln und zu erhalten;
- Grundsätzliche Evaluation und Entwicklung von Szenarien für den Betrieb des IPI (International Packaging Institute); Prüfung einer gesamtschweizerischen Clusterinitiative Materialtechnologie basierend auf dem RhyTech;
- Fortführung der Technologiedienstleistungen (ITS Industrie- und Technozentrum Schaffhausen): Technologievermittlung, Suche von Projektpartnern, Beratung bei der Projektfinanzierung, Akquisition von Hochschulangeboten bzw. -institutionen und Vernetzung mit den Unternehmen zur Stärkung der regionalen Innovationskraft.

Regional- und Standortentwicklung

- Programmumsetzung/-entwicklung in der Regional- und Standortentwicklung gemäss Umsetzungsprogramm 2012–2015;
- Entwicklung von Programmen und Projekten;
- Fortsetzung der Kommunikations-, Informations- und Marketingaktivitäten über das Instrument der Regional- und Standortentwicklung sowie dessen Ziele und Wirkungen.

Strukturelle Verbesserungen und Entwicklung des ländlichen Raums

- Begleitung der Umsetzung des Projekts Regionalentwicklung Wilchingen/Osterfingen/Trasadingen (PREWO) zur Steigerung der Wertschöpfung im örtlichen Weinbau;
- Abschluss des Entwicklungsprozesses Schaffhauser Landwirtschaft 2020 (Landwirtschaftliche Planung);
- Unterstützung der Errichtung des Regionalen Naturparks Schaffhausen.

Tourismus

Vorlage zur Revision des Tourismusgesetzes (neue Finanzierungsgrundlage für den Tourismus).

Arbeitsmarkt und Personenfreizügigkeit

- Entschärfung des Fachkräftemangels durch verstärkte Nutzung des lokalen Potentials an Fachkräften durch Vernetzung der Arbeitsmarktbehörden und der Unternehmen; auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtete Förderung der Erwerbswilligen bei der Erarbeitung der erforderlichen Ressourcen für den Wiedereintritt in den ersten Arbeitsmarkt;
- Ausbau und Optimierung des Vollzugs der flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU: Gezielte Kontrollen und intensive Zusammenarbeit mit den paritätischen Berufskommissionen sowie Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit;
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit im Bereich Schwarzarbeit und Nutzung der Zusammenarbeit zwischen den Vollzugsorganen der Schwarzarbeitsbekämpfung und den kantonalen und kommunalen Amtsstellen.

Erste Schritte zur Umsetzung der Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie

Unter anderem Erarbeitung einer Gesetzesvorlage zur Erhebung einer Förderabgabe auf Strom, Schaffung eines Energieförderfonds, Ersatzpflicht für Elektrodirektheizungen sowie Erneuerung der Eigentümerstrategie der EKS AG und die Bildung einer Energiekommission.

Fernwärme Schaffhausen / Wärmeverbund Geissberg

Der Kanton begleitet und unterstützt das Projekt «Fernwärme Schaffhausen» (EKS AG / Städtische Werke / Axpo) und sorgt dafür, dass das Projekt «Wärmeverbund Geissberg mit Anergienetz» (Nutzung von Abwärme) optimal darin integriert und umgesetzt wird.

Verbesserung der Wasserkraftnutzung aus Fliessgewässern

Erarbeitung einer kantonalen Wasserkraftnutzungsstrategie. Im Vordergrund steht dabei die Wasserkraft an Wutach und Rhein. Zudem soll durch eine Revision des Wasserwirtschaftsgesetzes die Grundlage für einen moderaten Höherstau des Rheins innerhalb des Konzessionsgebietes geschaffen werden.

2 VERKEHR

Ausbau des Agglomerationsverkehrs (Agglomerationsprogramm)

Umsetzung der 1. Generation insbesondere mit S-Bahn Schaffhausen und der Langsamverkehrsmassnahme «Steg am Rheinfall» sowie Entscheid über Weiterentwicklung Agglomerationsprogramm 2. Generation (Vorstudien und Vorprojekte).

Verbesserung der Schienenverkehrssituation am Hochrhein

Ausarbeitung Bauprojekt für Elektrifizierung der Strecke Erzingen-Basel und Klärung Bestellverfahren/Finanzierung mit Baden-Württemberg, Basel-Stadt und Bund.

Verbesserungen im internationalen Schienenverkehr Zürich–Schaffhausen–Stuttgart (Gäubahn)

Unterstützung Ausbau Gäubahn und Mitwirkung beim Angebotskonzept.

Zusammenlegung der Busbetriebe von Orts- und Regionalverkehr (Fusion VBSH und RVSH)

Vorbereitung Vorlage für Umsetzung Grundsatzentscheid zur Unternehmensform.

Bessere Anbindung an die Agglomeration Zürich-Winterthur und Ausbau der Stadtdurchfahrt A4 auf 4 Spuren

Unterstützung einer raschen Realisierung des Ausbaus der A4 Andelfingen-Winterthur auf 4 Spuren, des Ausbaus der Umfahrung Winterthur auf 6 Spuren sowie der Verbesserung der Erreichbarkeit des Flughafens über die Achse Schaffhausen-Eglisau-Bülach. Bei der Ausarbeitung des Generellen Projekts des zweiten Fäsenstaubtunnels wirken die kantonalen Behörden aktiv mit.

Bessere Anbindung des Klettgaus an die A4 unter gleichzeitiger Entlastung von Neuhausen am Rheinfall vom Durchgangsverkehr

Unterstützung des Bundesamtes für Strassen ASTRA bei der Realisierung des Galgenbucktunnels.

Aufwertung der Ortsdurchfahrt Beringen und Entlastung vom Durchgangsverkehr

Realisierung der ersten Etappe der Aufwertung der Ortsdurchfahrt sowie Planung der Umgestaltung der Kantonsstrasse zwischen Beringen und Engi zu einer Innerortsstrecke. Erste Überlegungen zu einer langfristigen Umfahrung von Beringen («Spange Beringen»).

Netzbeschluss Nationalstrasse – Abtausch A4 mit J15

Projektentwicklung zum Rückbau der heutigen A4 zwischen Schweizersbild und dem Grenzübergang Barga zu einer überregionalen Kantonsstrasse als Grundlage für die Verhandlungen über die Kostenbeteiligung des Bundes.

3 FINANZEN UND STEUERN

Volksinitiative «Steuern runter»

Die Volksinitiative verlangt, dass ab dem Jahr 2013 und bis 2017 der Steuerfuss jährlich um 2 Punkte gesenkt werde. Sie würde zu Einnahmefällen bis zu rund 26 Mio. Franken pro Jahr führen. Aufgrund der finanziellen Ausgangslage (Defizite in der Laufenden Rechnung sowie die damit verbundene Notwendigkeit, den Staatshaushalt zu entlasten, um das verfassungsmässige Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes zu erreichen) sind sie nicht verkräftbar. Eine Annahme der Initiative hätte einen dramatischen Leistungsabbau oder allenfalls erhebliche Verschiebungen von finanziellen Lasten auf die Gemeinden zur Folge. Zudem wäre bei ihrer Annahme der Kanton nicht mehr in der Lage, die im Zusammenhang mit dem Steuerstreit mit der EU allfälligen notwendigen Massnahmen zur Sicherung und Erhaltung des Steuersubstrates im Kanton zu treffen. Regierungsrat und Kantonsrat lehnen die Initiative, über die am 3. März 2013 abgestimmt wird, ab.

Volksinitiative «für eine höhere Besteuerung grosser Einkommen»

Mit der ausformulierten Volksinitiative soll im Steuergesetz ein neuer Einkommenssteuertarif eingeführt werden, der für hohe Einkommen eine höhere Progression vorsieht. Der Regierungsrat wird dem Kantonsrat anfangs 2013 seine Stellungnahme zum Volksbegehren unterbreiten.

Umsetzung ESH3 (Entlastung des Staatshaushaltes)

Der Regierungsrat hat am 22. Mai 2012 dem Kantonsrat Bericht und Antrag zur Entlastung des Staatshaushaltes (ESH3) unterbreitet und über diejenigen Entlastungsmassnahmen Beschluss gefasst, die in seiner Zuständigkeit lagen. Insgesamt sieht das Programm eine Entlastung des Staatshaushaltes bis 2015 im Umfang von 25 Mio. Franken vor. Die Umsetzung des Entlastungsprogrammes im vollen Umfang ist erforderlich, um der Verfassungsverpflichtung, wonach der Kantonshaushalt mittelfristig ausgeglichen sein muss, nachzukommen. Die Umsetzung der über 100 Einzelmassnahmen bildet deshalb einen Schwerpunkt der Regierungstätigkeit.

Budget 2014 und Finanzplan 2014 - 2017

Die Entwicklung des Staatshaushaltes, die nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und der anstehenden grossen Investitionen in die Infrastruktur setzen eine regelmässig nachgeführte Finanzplanung voraus. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Staatshaushalt immer stärker und direkter von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängt und von ihr beeinflusst wird. So wirken sich konjunkturelle Entwicklungen unmittelbar und praktisch zeitverzugslos auf die Steuereinnahmen der juristischen Personen, die Anteile an Bundeseinnahmen und die Vermögenserträge aus, d.h. auf gegen einen Drittel der Staatseinnahmen. Die jährliche Nachführung der Finanzplanung ist deshalb unabdingbar und die Folgerungen daraus sind von entscheidender Bedeutung für das jährliche Budget.

4 BILDUNG

Volksschule

Stärkung der Tragfähigkeit der Regelschule durch systematische Überprüfung aller sonderpädagogischen Unterstützungsangebote. Es werden entsprechende Teilprojekte aufgrund der Resultate einer Erhebung und unter Einbezug der Beteiligten definiert und gestartet. Dabei steht die Absicht im Vordergrund, alles aus einer Hand anzubieten und den Ansprüchen aller Schülerinnen und Schüler, auch solchen mit besonderen Bedürfnissen, gerecht zu werden.

Kantonsschule und Berufsbildungszentrum

Sensibilisierung der Schulen der Sekundarstufe II zum Thema «Fachkräftemangel». Dies geschieht insbesondere mit

- je einer Podiumsveranstaltung am BBZ und an der Kantonsschule in Zusammenarbeit mit weiteren Bildungsinstitutionen (z.B. KOSCH, BIZ);
- einem gemeinsamen Technikworkshop Kantonsschule - BBZ - Wibilea;
- und einer Tagung ABZ: «Gestiegene Belastung in Pflegeberufen und Ausbildung».

Mittelschul- und Berufsbildung

- Erweiterung des Ausbildungsangebots für betriebliche Berufsbildner (Lehrmeister) mit drei «Praxisbildnerkursen», welche berufsbezogen angeboten werden;
- Ausbau der zweijährigen Grundbildung mit Attest durch Schaffung von 20 neuen Ausbildungsplätzen;
- Überarbeitung des Berufswahlfahrplans in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt und der Sekundarstufe I;
- Weiterentwicklung und Umsetzung der unterstützenden Massnahmen des Case Managements Berufsbildung mit dem Schwerpunkt Verhinderung von Lehrabbrüchen. Damit wird das landesweite Ziel, wonach bis 2015 95 % der unter 25jährigen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen sollen, unterstützt;
- Entschärfung der Problematik des Lehrlings- und damit verbundenen Fachkräftemangels durch aktive Unterstützung der Berufsverbände.

Pädagogische Hochschule Schaffhausen (PHSH)

- Klärung der aktuellen Mietverhältnisse und Prüfung einer Unterbringung der Pädagogischen Hochschule in kantonseigenen Liegenschaften;
- Umsetzung der Ausbildungsreform NOVA11 für das dritte Studienjahr;
- Evaluation der Umsetzung von NOVA 11 in Bezug auf die ersten beiden Studienjahre;
- Überprüfung der Ausweitungsmöglichkeiten der Vorschulstufenausbildung; es wird eine Variantenanalyse präsentiert;
- Durchführung eines Gesprächsforums mit Studierenden und Dozierenden zu Fragen der Ausbildungsqualität.

Hochschulbildung

- Entscheid über eine Mitträgerschaft einer neu ausgerichteten Fachhochschule Ostschweiz FHO;
- Vorlage über den Beitritt zu einem Hochschulkonkordat der EDK.

5 GESUNDHEIT

Umsetzung Gesundheitsgesetz

Überarbeitung der von der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes betroffenen Verordnungen (Medizinalverordnung, Heilmittelverordnung, Patientenrechtsverordnung, Epidemienverordnung u.a.).

Kantonales Psychiatriekonzept

Erarbeitung eines neuen Psychiatriekonzeptes für den Kanton Schaffhausen im Rahmen einer interdisziplinären Projektgruppe der wichtigsten öffentlichen und privaten Anbieter von psychiatrierelevanten Therapie-, Pflege-, Unterstützungs- und Beratungsleistungen (1. Phase 2013, Abschluss 2014).

Konzept Palliative Care

Erarbeitung eines kantonalen Konzeptes «Palliative Care» für die ganzheitliche Behandlung und Unterstützung von Personen mit weit fortgeschrittenen Erkrankungen und begrenzter Lebenserwartung mit dem Ziel, diesen eine möglichst gute Lebensqualität bis zum Tod zu ermöglichen (interdisziplinäres Projekt unter Einbezug der Spitäler Schaffhausen, der Heime, der Spitex-Dienste und weiterer Leistungsanbieter des Gesundheits- und Sozialwesens).

Überprüfung Eigentümerstrategie Spitalliegenschaften

Im Vorfeld der Kreditvorlage zur baulichen Erneuerung des Kantonsspitals sind die Strategie des Kantons in Bezug auf eine allfällige Übertragung der Spitalgebäude ins Eigentum der Spitäler Schaffhausen bzw. die künftigen Miet-Konditionen zu klären.

Erneuerungsbauten Kantonsspital

Vorbereitung und Durchführung eines Architekturwettbewerbes für die weitere Planung und Umsetzung einer 1. Etappe von Erneuerungsbauten im Bereich Akutspital gemäss Vorgaben aus dem Masterplan.

Räumliche Optimierungen Veterinäramt und Interkantonales Labor

Standortzusammenlegung von Veterinäramt - Interkantonales Labor; Umzug des Veterinäramtes in das Gebäude Mühlenalstrasse 184 nach Abschluss des Umbaus.

6 SOZIALE SICHERHEIT

Revision des Sozialhilfegesetzes (Umsetzung NFA bei Einrichtungen für Menschen mit Behinderung)

Vorlage zur Revision des Sozialhilfegesetzes nach der erfolgten Vernehmlassung an den Kantonsrat, Ausarbeitung der Revision der Sozialhilfeverordnung.

Behindertenhilfe im Erwachsenenbereich

Mit den Trägerschaften der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung werden neue Leistungs- und Finanzvereinbarungen abgeschlossen. Sie beinhalten statt der bisherigen defizitorientierten die neue leistungsbezogene Pauschalfinanzierung, die in Zusammenarbeit mit den Ostschweizer Kantonen und dem Kanton Zürich erarbeitet wurde. Dazu werden der Individuelle Betreuungsbedarf (IBB) aller Klientinnen und Klienten standardisiert erhoben und in allen Einrichtungen die Kostenrechnungen harmonisiert. Die neue Finanzierung wird im Folgejahr kostenneutral eingeführt und ermöglicht einen effizienteren Mitteleinsatz sowie interkantonales Benchmarking.

Asyl- und Flüchtlingsbereich

Bewältigung der Unterbringung der vom Bund weiterhin in hoher Zahl zugewiesenen Menschen im Kanton.

Individuelle Prämienverbilligung

Nach der Annahme der Prämienverbilligungsinitiative in der Volksabstimmung vom 25. November 2012 sind die Anpassungen im 2013 vorzunehmen mit Ziel der Inkraftsetzung 2014.

7 GESELLSCHAFT, KULTUR UND FREIZEIT

Jugend und Familie

- Vorlage zur Einführung bedarfsgerechter, schulergänzender Tagesstrukturen;
- Implementierung der Zuständigkeit für die «Frühe Förderung» bei der Dienststelle Primar- und Sekundarstufe I; Erarbeitung und Verabschiedung eines Umsetzungskonzepts in Zusammenarbeit mit der Fachstelle INTEGRES und unter Einbezug bestehender Institutionen;
- Überprüfung der Aufgaben der Jugendkommission; Definition eines neuen Leistungsauftrags für den oder die kantonale Jugendbeauftragte(n).

Integration

Abschluss der Programmvereinbarung mit dem Bundesamt für Migration BFM für das kantonale Integrationsprogramm 2014–2017 unter Einhaltung der gemeinsamen Vorgaben des Bundesrates und der Konferenz der Kantonsregierungen.

Kultur

- Ermittlung laufender und geplanter Massnahmen zur stärkeren Profilierung der Kulturregion Schaffhausen;
- Erfassung der Projekte zur Kulturvermittlung;
- Erneuerung der Leistungsvereinbarungen (Hallen für Neue Kunst und SHpektakel).

Steigerung der Attraktivität und bessere Vermarktung herausragender archäologischer Denkmäler und Fundstätten

Ausarbeitung eines Konzeptes zur Attraktivierung des Kesslerlochs in Thayngen (Besucherzentrum) und zur Realisierung eines Steinzeitpfades im Fulachtal, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und der Gemeinde Thayngen.

Sport

- Umsetzung und Einführung des neuen Sportförderungsgesetzes, insbesondere im Bereich J+S sowie J+S-Kindersport, inkl. sämtlicher Anpassungen in der Aus- und Weiterbildung;
- Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention auf Vereinsebene durch aktive Mitwirkung beim Schwimmunterricht sowie bei den Bundesprojekten «Bewegte Schule» und «Sport rauchfrei»;
- Sicherstellung der Beratung bei infrastrukturellen Fragen und bei Investitionen für sportliche Tätigkeiten (inkl. Stellungnahmen bei Baugesuchen).

NHTLZ (BBC-Arena) und FCS-Park

Vorlage zur Ausrichtung eines einmaligen Investitionsbeitrages bzw. Darlehens betreffend NHTLZ. Entscheid über die Ausrichtung eines einmaligen Investitionsbeitrages bzw. Darlehens betreffend FCS-Park.

8 ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT

Polizei- und Sicherheitszentrum

Weiterführung des Projektes gemäss Beschluss des Kantonsrates vom 7. Mai 2012. Im Hinblick auf die Realisierung eines Sicherheitszentrums ist die Variante «Polizei- und Sicherheitszentrum» gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. November 2011 am Standort Herblingen (Solenbergstrasse) in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Schaffhausen weiter zu verfolgen. Damit verbunden ist ein Vorprojekt für die Auslagerung des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes sowie ein Masterplan für die Entwicklung des Klosterbezirks West zu erarbeiten.

Zeughaus

Prüfung einer möglichen Auslagerung der heutigen Nutzer des Zeughauses (insbesondere Amt für Militär- und Zivilschutz) und Abgabe des Areals oder von Teilen davon an einen Investor für die Umsetzung von Standortnutzungen gemäss Studie PASS.

Erarbeitung einer Risikoübersicht Naturgefahren für den Kanton Schaffhausen

Basierend auf der Naturgefahrenkarte soll eine Übersicht über die grössten Naturgefahrenrisiken erarbeitet werden. Diese Übersicht dient als Grundlage für eine zukünftig risikobasierte Massnahmenumsetzung.

Vorlage zur Ratifikation des revidierten Konkordates über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Hooliganismus-Konkordat)

Ausschreitungen bei oder im Umfeld von Sportveranstaltungen stellen die öffentliche Sicherheit immer wieder in Frage. Den Auswüchsen kann nur mit koordinierten Massnahmen wirkungsvoll entgegen getreten werden. Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren hat deshalb das sogenannte Hooliganismus-Konkordat revidiert mit dem Ziel, die Sicherheit in den Sportstätten zu erhöhen und die Veranstalter insbesondere von Fussball- und Eishockeyspielen der höchsten Ligen beziehungsweise von Spielen im Schweizer Cup vermehrt in Pflicht zu nehmen. Obwohl zur Zeit kein Schaffhauser Fussball- oder Eishockey-Club in den höchsten schweizerischen Ligen spielt, will der Regierungsrat dem revidierten Konkordat beitreten, um zu verhindern, dass infolge der Ratifikation in den umliegenden Kantonen z.B. bei Cupspielen allfällige Sicherheitsdefizite in Schaffhausen ausgenützt werden. Zudem erfordert die Gewährleistung der Sicherheit bei Sportveranstaltungen in anderen Kantonen regelmässig den Beizug von Schaffhauser Polizeikräften im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit und stellt damit eine zusätzliche Belastung für unsere knappen Polizeikräfte dar.

Anpassung der Organisations- und Führungsstruktur bei ausserordentlichen Ereignissen

Stabs- und Einsatzübungen wie zum Beispiel die grenzüberschreitende Einsatzübung NIMBUS haben gezeigt, dass die Organisations- und Führungsstruktur zur Bewältigung ausserordentlicher Ereignisse Schwachstellen aufweist. Diese sind zu beseitigen, was allenfalls auch eine Anpassung des Katastrophen- und Nothilfegesetzes erfordert.

9 UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG

Verbesserung des Immobilienangebotes

Vorbereiten einer Vorlage für ein Massnahmenpaket u.a. bestehend aus einer Baugesetzrevision (Ausführungsvorschriften zur Revision des Raumplanungsgesetzes, erweiterte Besitzstandsgarantie) und einer Steuergesetzrevision (Besteuerung von unüberbauten Grundstücken allein nach dem Verkehrswert, Abschaffung Minimalsteuer für juristische Personen auf den im Kanton gelegenen Grundstücken).

Erarbeitung von Grundlagen zur verstärkten Nutzung bedarfsgerechter Wohnungen durch die ältere Bevölkerung

Nachhaltige Siedlungsentwicklung

Förderung der fachgerechten Umnutzung, Sanierung und Erhaltung der historischen Bausubstanz in den Dorfkernzonen als wichtiger Beitrag zu Pflege und Entwicklung der schützenswerten Ortsbilder des Kantons Schaffhausen und als Möglichkeit der inneren Verdichtung.

Sachplan Tiefenlager

Weitere, kritische Begleitung des Sachplanverfahrens (u.a. Mitarbeit bei der sozioökonomisch-ökologischen Wirkungsstudie des BFE). Verstärkung der fachlichen Kompetenz. Erstellen von Analysen und Expertisen, voraussichtlich mit folgenden Schwerpunkten: Hydrogeologie im Bereich der Oberflächenanlagen, Analyse der Resultate der 2D-Seismik, sicherheitstechnische Bewertungsmethodik. Unterstützung der Regionalkonferenzen in den Bereichen Sicherheit, Sozioökonomie und Raumplanung.

Richtplananpassung

Vorbereiten einer Vorlage für eine Gesamtrevision des kantonalen Richtplans.

Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung der Verdichtung nach innen

Gemeindeweises Erfassen des Verdichtungspotenzials als Voraussetzung für ein aktives Flächenmanagement der öffentlichen Hand (Einführung von raum+).

Optimierung des Baubewilligungswesens

Start von Projekten zur Optimierung des Baubewilligungswesens und Kantonalisierung des Baubewilligungsverfahrens.

Ausscheidung der Gewässerräume

Unterstützung der Gemeinden bei der Ausscheidung der Gewässerräume in den Siedlungsgebieten gemäss den Vorgaben der eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung.

Durchführung der strategischen Planungen zur Revitalisierung der Fließgewässer und Wiederherstellung der Fischgängigkeit

Erstellung einer Revitalisierungsplanung gemäss Revision des eidgenössischen Gewässerschutzgesetzes mit Priorisierung der Umsetzungsmassnahmen über 20 Jahre.

Überprüfung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Stadt Schaffhausen und dem Kanton im Bereich Wald

Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes

Die Natur- und Heimatschutzgesetzgebung aus dem Jahr 1968 ist u.a. betreffend Inventarisierung, Denkmalpflege-Beiträge, künftige Rolle der Kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission zu überarbeiten. Dazu soll ein Revisionsentwurf des Natur- und Heimatschutzgesetzes in die Vernehmlassung gehen.

Flughafen Zürich

Vermeidung einer einseitigen Fluglärmmehrbelastung im Norden des Flughafens Kloten sowie von Einschränkungen im Planungs- und Baubewilligungsverfahren. Aktive Vertretung der Interessen bei der Regelung der Fluglärmfrage im Zusammenhang mit dem Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) und dem Objektblatt SIL sowie dem zu erneuernden Betriebsreglement des Flughafens Zürich; entsprechende Anpassung der Richt- und Nutzungsplanung.

Abfallplanung

Information zur Verwendung mineralischer Recyclingbaustoffe unter Einbezug der verschiedenen Akteure (öffentliche Hand, Planer, Unternehmer). Begleitung KBA Hard bei Inbetriebnahme, Ausstellung Betriebsbewilligung.

Wasserwirtschaftsplan

Kontrolle der Umsetzung des Wasserwirtschaftsplanes, insbesondere der kantonalen Wasserversorgungskonzepte sowie der ökologischen und ökonomischen Weiterentwicklung der Abwasserreinigungsanlagen.

Massnahmenplan Lufthygiene

Erstellen einer Zwischenbilanz zum Stand der Umsetzung des Massnahmenplans und zur Situation der Luftqualität. Beschluss der Regierung über weiteres Vorgehen.

Klima

Mit Inkrafttreten des revidierten CO₂-Gesetzes soll der kantonale Bericht zur Klimaadaptation überprüft und sofern nötig angepasst werden.

Nitratreduktion Klettgau

Weiterführung des Projektes mit nach Möglichkeit 100 % Vertragsfläche, Erarbeitung der Grundlagen (inkl. Antrag ans Bundesamt für Landwirtschaft) für die Finanzierung einer dritten Projektphase.

Verhinderung der Ausbreitung von eingeschleppten**Pflanzen**

Bevölkerung und Gewerbe sollen informiert werden über die Risiken und die Bekämpfung von eingeschleppten Pflanzen.

Ausrichtung der Schaffhauser Landwirtschaft gemäss Schweizer Agrarpolitik 2014–2017

Anpassung des kantonalen Landwirtschaftsrechts im Hinblick auf die Schweizer Agrarpolitik 2014–2017.

10 VERWALTUNG, STRUKTUREN UND AUSSENBEZIEHUNGEN

Grosszyklische Sanierung von Staatsliegenschaften / Abbau aufgelaufener Unterhalt

Planung und Ausführung diverser grosszyklischer Sanierungen zur Vermeidung von tiefgründiger Schädigung der Gebäudesubstanz, zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zur Sicherstellung der Personensicherheit (u.a. Verwaltungsgebäude Mühlental, Gerichtsgebäude, neue Abtei und Schlössli Wörth).

Zusammenführung der Tiefbauämter von Kanton und Stadt zu einem Kompetenzzentrum Tiefbau verbunden mit dem Ausbau des kantonalen Werkhofs Schweizersbild

Gezielte Erarbeitung der Vorprojekte für die einzelnen Erweiterungsbauten auf dem Areal Schweizersbild und Erarbeitung von Vereinbarungsentwürfen über die Leistungen des Kompetenzzentrums Tiefbau zugunsten von Kanton und Stadt.

GPK-Postulat «Stadt und Land – Hand in Hand»

Erarbeiten einer Vorlage an den Kantonsrat als Grundlage für einen Grundsatzentscheid im Rahmen einer Volksabstimmung. Die Vorlage zeigt den bei Gutheissung des Grundsatzentscheides vorgesehenen Prozess, die darin vorgesehene Beteiligung der Gemeinden und der Bevölkerung sowie dessen voraussichtliche Kosten auf. Sie wird dem Kantonsrat noch im Jahr 2013 unterbreitet.

eGovernment-Projekte

Die Anbindung der Dienststellen an die Personendatenplattform ist zu verbessern; dazu ist die Einwohnerregisterverordnung anzupassen; ebenso ist eine Verordnung zu schaffen betreffend den elektronischen Verkehr in den Verfahren vor Verwaltungsbehörden.

E-Voting

Weiterführung der E-Voting-Versuche für Auslandschweizer; Erarbeitung der Grundlagen für eine Strategie zur Nutzung und Ausweitung von E-Voting innerhalb des Kantons.

Teilrevision Wahlgesetz

Unter anderem Erhöhung Gebühr für unentschuldigte Nichtteilnahme an Abstimmungen und Wahlen.

Unterstützung der Gemeinden

Im Hinblick auf die neue Legislaturperiode sind Kurse für die neuen Gemeindefunktionäre durchzuführen.

Vorlage zur Änderung des EG ZGB (Erleichterung der Inventarpflicht in Erbschaftssachen)

Vornahme der erforderlichen Anpassungen in Abhängigkeit vom Entscheid des Kantonsrats.

Geoinformation

Fertigstellung der Verordnungen zum KGeoIG und Beginn der Umsetzung.

Umsetzung von Pilotprojekten zur Langzeitarchivierung elektronischer Daten (Phase I)

Wahrnehmung einer aktiven Rolle des Kantons in der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit, insbesondere:

- Aktive Mitarbeit im Verein Metropolitanraum Zürich und stärkere Positionierung von Schaffhausen, Begleitung des Initialprojekts «Vom Rauschen in die Stille» (Projektleitung beim Kanton Schaffhausen);
- Weiterentwicklung und Stärkung des Vereins Agglomeration Schaffhausen (z.B. «Erzählzeit ohne Grenzen», «Museumsnacht Hegau-Schaffhausen», «Grenzenloses Gartenerlebnis»);
- Intensivierung der Beziehungen zum Land Baden-Württemberg;
- Verstärkung der interkantonalen Beziehungen mit Basel.

11 BEIM KANTONSRAT LIEGENDE VORLAGEN

Stand: 15. Januar 2013

- Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Genehmigung des kantonalen Strassenrichtplanes und Teilrevision des Strassengesetzes
- Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Entlastung des Staatshaushaltes (ESH3)
- Bericht und Antrag des Regierungsrates zum Planungsbericht Spitalversorgung 2012/2020
- Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Teilrevision des Gemeindegesetzes (Einbürgerungskommission)
- Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Pensionskassengesetz